

# Der Rote Fernmelder

Betriebszeitung

der  
DKP Fernmeldeamt Giessen für das

15. Jahrgang

September 1986

## Neubau: 3000 qm fehlen

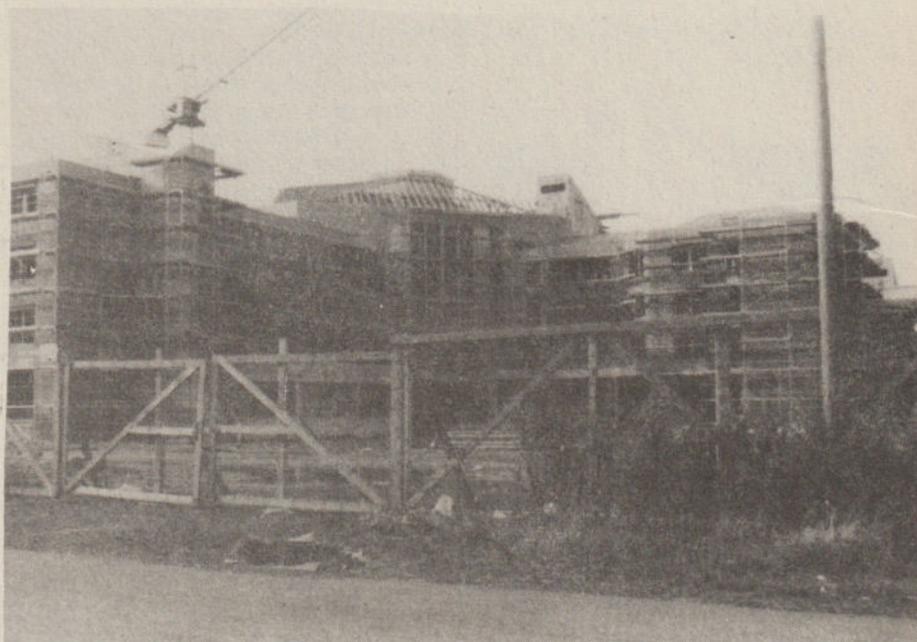
Beim Vorbeifahren an der Straße nach Heuchelheim sieht man das neue Fernmeldeamt wachsen und werden. Das Richtfest wurde gefeiert; doch vorher stand schon fest, daß das neue FA-Dienstgebäude ca. 3000 qm zu klein geplant und gebaut wurde. Ein Anbau in dieser Größenordnung wurde bereits beantragt.

Neben der Frage des endgültigen Um- bzw. Einzugs interessiert die Beschäftigten insbesondere die Frage der Dienstzeit, der An-, Abfahrts- und Parkmöglichkeiten.

Bereits seit einem Jahr fordern die betroffenen Beschäftigten zu diesen Fragen eine Antwort des Amtsvorstehers des FA. Doch er blieb bis heute eine konkrete Antwort schuldig.

Die Beschäftigten glauben schon fast, daß diese Antwort als Überraschungseinzugspaket in ihrer Schreibtischschublade im neuen F-Dienstgebäude zu finden ist.

Die Kolleginnen und Kollegen finden es unerhört, daß der Amtsvorsteher wieder einmal mehr die berechtigten Interessen und Forderungen der Beschäftigten ignoriert und als fünftes Rad am Wagen behandelt.



Wir fordern deshalb den Amtsvorsteher auf, endlich die Beschäftigten darüber zu informieren, zu welchen Bedingungen sie in der Philipp-Reis-Straße arbeiten sollen.

Der Neubau: Dienstzeiten noch offen, Verkehrsanbindung nicht geklärt, viel Beton, viel Glas und kein einziger Sonnenkollektor auf dem Dach. – Für Personal und Umwelt hat die Post wenig übrig.

**FÜR EINE NEUE POLITIK-  
ABRÜSTEN JETZT!**  
Kommt zur bundesweiten  
Friedens-Demonstration  
an der Cruise-Missiles-Basis  
am 11. Oktober '86 nach  
Hasselbäch/Hunsrück!

**ERLEDIGEN  
BRAUCHT  
BEWEGUNG!**

**Statt Weltraumwaffen**

**Arbeitsplätze schaffen**

# Gegen Zerschlagung der Post macht die DPG jetzt mobil

Mit zahlreichen Aktionen unter dem Motto „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“ will die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) gegen die nach angloamerikanischem Muster geplante Zerschlagung des mit 540 000 Beschäftigten größten bundesdeutschen Unternehmens mobil machen. Auftakt dieser Antiprivatisierungskampagne ist eine zentrale Kundgebung am 4. Oktober in Köln. Dazu erwartet die Gewerkschaft rund 10 000 Teilnehmer.

Neben einer bundesweiten Flugblattaktion zur Werbung von Verbündeten unter den Postkunden sind vielfältige bezirkliche und örtliche Aktionen geplant. Pressekonferenzen, Aufklärung in Personal- und Mitgliederversammlungen sollen bei Verbänden und Kirchen auf das gewerkschaftliche Anliegen aufmerksam machen. Der Wahlkampf soll genutzt werden, um die Wahlkreis Kandidaten auf Herz und Nieren zu prüfen, wie sie zum öffentlichen Eigentum stehen.



Nach dem Muster der Rosinenpickerei haben es internationale Multis im Verein mit führenden Politikern der Regierungskoalition auf den lukrativen Fernmeldebereich abgesehen. Insbesondere wollen sie sich die neuen Dienste, beispielsweise im Bereich der Telekommunikation, unter den Nagel reißen. Nach Meinung der DPG zeichnet sich dabei ein Modell u. a. mit folgenden Punkten ab:

- Trennung von Post- und Fernmeldewesen;
- Aufspaltung von Post und Fernmeldewesen in selbständige Teilunternehmen, teilweise in privater Rechtsform;
- Zerstörung des Verbundes von Brief- und Paketdienst, Bank- und Postdienst, Daten- und Fernsprechkdiensten;
- Verlagerung von Zuständigkeiten weg von der Bundespost und Privatisierung

bisheriger Leistungen im Post- und Fernmeldewesen.

In öffentlicher Hand bleiben soll eine Rumpfpост, die rote Zahlen schreibt. Ihr ist faktisch eine Lückenbülle zuge-dacht. Die Folgen wären höhere Gebühren, Schließung von Poststellen, Kürzung von Schalteröffnungszeiten und für die Postbeschäftigten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Abbau von gewerkschaftlichen Rechten und Verlust zahlreicher Arbeitsplätze. So hat der Mitarbeiter E. Wohlgehaben von der Unternehmensberatungsfirma Mummert & Partner – diese Firma hat die Post nach Rationalisierungsmöglichkeiten im Auftrag von Schwarz-Schilling abgetastet – im „Handelsblatt“ vom 8. Mai 1985 erklärt: „Die DBP kann in einzelnen Bereichen zwischen 10 bis sogar 20 Prozent (im Fernmeldewesen noch darüber) Personaleinsparungen vornehmen.“

Die Pläne, lukrative Teile der Bundespost zu privatisieren, existieren nicht erst seit heute. Bereits am 4. Mai 1983 sagte Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung: „Wir führen den Staat auf den Kern seiner Aufgabe zurück... Die Bundesregierung wird auf Entscheidungen drängen, damit die neuen Techniken freiheitlich genutzt werden.“ Ohne die Verklammerungen des Bundeskanzlers hat FDP-Generalsekretär Haussmann die Sache auf den Punkt gebracht. In einem Interview mit dem Kölner Express vom 9. Juli 1986 erklärte er: „Gleich nach der Bundestagswahl werden wir das Thema Privatisierung energisch in die Koalitionsverhandlungen einbringen. Davon werden selbst Betriebe wie Lufthansa und Bundespost nicht verschont werden.“

Gegen diese Absichten richtet sich die Kampagne der DPG. Dazu erklärte DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren am 7. August: „Wir werden Arbeitnehmer und Postkunden über die katastrophalen Folgen solcher Privatisierungspläne aufklären. Bürger und Beschäftigte sollen erfahren, warum multinationale Konzerne der Computer- und Telekommunikationsbranche im Verein mit einflussreichen Kreisen in Wirtschaft und Regierungskoalition eine weitere Aushöhlung des Sozialstaates, diesmal auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens, betreiben. Diesen Absichten wird sich die Postgewerkschaft mit ganzer Kraft widersetzen.“ G. M.

## Planlose Verkabelung

### Bundesrechnungshof kritisiert Schwarz-Schilling

Heftige Kritik übte der Bundesrechnungshof in seinem soeben fertiggestellten Prüfungsbericht 1986 an dem planlosen Verlegen von Fernseh-kabeln durch den Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU). Der Rechnungshof rügte vor allem das Fehlen von Rentabilitätskriterien bei Schillings Verkabelungspolitik. Die Post habe ihre Planungsarbeiten abweichend von den eigenen Vorschriften zum Teil auf ein Minimum reduziert. Die finanziellen Auswirkungen seien noch nicht abzusehen. Das Jahresdefizit für die Breitbandverteilnetze stieg für 1985 bereits auf eine Höhe von 650 Millionen Mark.

## Die schreibt für das Recht auf Arbeit.



Die  können Sie probelesen: 14 Tage kostenlos und unverbindlich. Anruf genügt: (021 01) 59 03 21, Kollege Duisberg, oder Postkarte schreiben an: Plambeck & Co, Postfach 10 10 53, 4040 Neuss 1

## Bebrillte „Beleidigung“

München (dpa). 14 bebrillte Kohlköpfe, die im Schaufenster eines Münchner Optikergeschäftes ein Bild des Bundeskanzlers und seiner Frau einrahmten, haben die Staatsanwaltschaft München zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen „persönlicher Beleidigung des Bundeskanzlers“ veranlaßt. Wie ein Sprecher bestätigte, war das Schaufenster auch mit Spruchbändern dekoriert, die sich „in nicht sehr freundlicher Weise über den Bundeskanzler ausgelassen haben“. In die Kohlköpfe hatten die Dekorateur Zahnstocher mit kleinen Bundesfähnchen gesteckt.

Gießener Anzeiger,  
22. August 1986

# Gemeinsam Dampf machen

Ob beim Streik, ob bei Auseinandersetzungen um Löhne und Gehälter, die Unternehmer wollen die Jungen vom Kampf und von den Forderungen der Älteren am liebsten ganz abkoppeln, um dann beide getrennt voneinander besser einmachen zu können.

Wer sich nicht einmachen lassen will (und wer will das schon!), der weiß: wenn es gegen die Älteren geht, sind auch die Jungen betroffen - und umgekehrt. Zuerst wollten die Unternehmer den Lehrlingen das Streikrecht verbieten - dann griffen sie mit der Änderung des § 116 AFG das Streikrecht für alle an.

Zuerst werden ältere Kolleginnen und Kollegen entlassen - und anschließend keine jungen eingestellt. Die Arbeitsplatzvernichtung trifft jene, die derzeit noch Arbeit haben, ebenso wie jene, die nach Abschluß der Schule oder Lehre Arbeit brauchen. Gleiche Lage, gleiche Interessen - also auch gemeinsam Dampf machen! So wie es beim Kampf um die 35-Stunden-Woche war, so wie es bei den Aktionen für die Verteidigung des Streikrechts war, wo jung und alt, wo Lehrlinge, junge wie ältere und gestandene Kolleginnen und Kollegen Seite an Seite der Bonner Rechtskoalition zeigten, was in den Betrieben Sache ist.

Wenn auch jetzt im Aktionsherbst der DGB-Jugend gegen Jugendarbeitslosigkeit aus und in den Betrieben gemeinsam Dampf gemacht wird, dann wird das gar nicht zur Freude der Unternehmensleitung sein. Aber alle anderen können sich freuen. Denn damit steigen die Chancen, daß es nicht so bleibt, wie es ist!



## 3 UNO untersucht Berufsverbote in der BRD

Vom 4. bis 13. August hielt sich ein Untersuchungsausschuß der ILO, der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO, in der Bundesrepublik auf. Die Untersuchung begann mit einer Beschwerde des Weltgewerkschaftsbundes wegen Verletzung der Konvention 111 (Verbot von Diskriminierung im Beruf) am Beispiel von 79 konkreten Fällen von Berufsverbot gegen Mitglieder der SPD, DKP, der Grünen und Parteilose.

Die UNO-Behörde setzte jetzt ihre Überprüfung der Berufsverbote in der BRD im Land selbst fort. Der Ausschuß hörte verschiedene Landesregierungen an und führte Gespräche mit Gewerkschaftsvertretern und Rechtsanwälten.

Bereits im April dieses Jahres hat die ILO über mehrere Wochen Anhörungen an ihrem Sitz in Genf mit Vertretern der Bundesregierung, Gewerkschaftsvertretern und Betroffenen der Berufsverbotepolitik durchgeführt.

Die Regierungen, die für Berufsverbote verantwortlich sind, erhoffen sich offensichtlich kein erfreuliches Ergebnis. Die Bundesregierung hatte zunächst versucht, die Untersuchung mit der Drohung zu verhindern, die Bundesrepublik könnte unter Umständen aus der ILO austreten. Die ILO-Untersuchung könnte helfen, eine der schlimmsten Verletzungen demokratischer Freiheiten und Absatzrechte zu beenden. Über das Ergebnis berichten wir in der nächsten Ausgabe.

In Gießen sind noch immer die beiden Postler Axel Brück und Egon Momberger von Berufsverbotsmaßnahmen betroffen.

Axel Brück, seit 1970 Beamter auf Lebenszeit, ist seit Herbst 1984 bei Kürzung der Bezüge vom Dienst suspendiert. Im Herbst 1985 sprach ihn das Bundesdisziplinargericht in Frankfurt von dem Vorwurf eines Dienstvergehens frei und wies die Klage auf Entlassung zurück. Dennoch blieb seine Dienstenthebung aufrechterhalten. Postminister Schwarz-Schilling will die Berufsverbote jetzt vom - nächsthöheren - Bundesverwaltungsgericht in West-Berlin sanktioniert haben.

Auch der Postler Egon Momberger, seit 10 Jahren Beamter auf Probe (eine so lange Probezeit ist schon ein Unding und rechtlich unzulässig), wurde im Herbst 1984 bei Gehaltskürzung vom Dienst suspendiert.

Der Prozeß gegen den Marburger Postler und DKP-Stadtverordneten Herbert Bastian, ebenfalls seit langem Beamter auf Lebenszeit, soll jetzt vom 20. bis 23. Oktober vor dem Bundesdisziplinargericht in Frankfurt stattfinden.

## Solidarität

ACHTUNG!! LETZTE MELDUNG!!

Vom 24. bis 26. November soll in West-Berlin der Berufsverbote-Prozeß gegen Axel Brück und Wolfgang Repp vor dem Bundesverwaltungsgericht stattfinden.

# notwendig!

# Übernahme '86 der Fernmeldehandwerker

## Kampferfolg oder Wahlgeschenk?

Nachdem Postminister Schwarz-Schilling (CDU) frühzeitig schon im auslaufenden Jahr 1985 den Auszubildenden, die jetzt auslernen, einen Arbeitsplatz bei der Post pressowirksam versprochen hatte, ließ er schon zu Anfang '86 die Hosen runter. Die Planungen für '86: Vernichtung von 10.000 Arbeitsplätzen über verschiedene Rationalisierungsmaßnahmen. Eifrig gingen die Rotstiftexperten dann im BPM ans Werk.

Für nicht einmal die Hälfte der Auszubildenden wurde eine Beschäftigungsmöglichkeit ausgerechnet.

Unterstützt wurden die Personalpolitiker des BPM durch die Verantwortlichen bei den OPD und Ämtern, die bis heute noch jeglichen Beweis schuldig geblieben sind, daß auch sie sich, wie sie immer tönen, für die Übernahme einsetzen wollen.

Da blieb schon den Betroffenen nichts anderes übrig, als sich auf ihre eigene

und die gewerkschaftliche Kraft zu besinnen. Vielfältige Aktionen wurden von der Jugend der DPG entwickelt bis hin zu einer bundesweiten Demo von über 2000 Auszubildenden anlässlich der DPG-Jugendkonferenz.

Im Mittelpunkt stand hier wieder einmal mehr der Widerspruch zwischen der arbeitsplatzvernichtenden Rationalpolitik der Post einerseits und ihren Milliardenengewinnen andererseits.

Milliarden-Investitionen für die Kabelindustrie, aber für mehr Arbeitsplätze und somit auch für die Übernahme soll kein Geld da sein. Investitionsentscheidungen verkommen so zur Interessenspolitik der Industrie und rechter Medienpolitiker. Auf der Geige der Arbeitsplatzvernichter spielt die Post ganz vorne mit; und so sanken die Übernahmemöglichkeiten der Azubis von Mal zu Mal.

Die Auszubildenden wußten nicht einmal zu Beginn der Prüfung, ob sie

überhaupt und wann übernommen werden. Man mag es nun als politische Entscheidung oder gar als Wahlgeschenk werten, daß nun doch alle Azubis im Bereich der OPD Frankfurt und so auch in Gießen einen Arbeitsvertrag bei den F-Ämtern erhalten. Fest steht: DPG und Personalräte haben frühzeitig nachgewiesen, daß für alle Fernmeldehandwerker Arbeit vorhanden ist. Ein fader Nachgeschmack bleibt. Nicht alle übernommenen Azubis führen ausbildungsgerechte Arbeiten aus; viele müssen zu ihrem neuen Arbeitsplatz weite Wegstrecken zurücklegen.

Wer eine generelle Übernahme durchsetzen und die personalfeindliche Politik verändern will, muß spätestens im Januar '87 Schwarz-Schilling und Co. die rote Karte zeigen und so dafür sorgen, daß er nicht die nächsten Jahre in Bonn an den Schalthebeln bleibt.



**Der Kampf geht weiter!  
Gegen Kabinett  
und Kapital!**



Roter Fernmelder, Zeitung der DKP für die Beschäftigten beim Fernmeldeamt Gießen; Herausgeber: DKP-Kreisvorstand Gießen; verantwortlich: Erika Beltz, Frankfurter Str. 59, 6300 Gießen; Druck: Eigendruck

# Zwangsabordnungen beim FA Giessen

## Trotz Personalmangel Zwangsabordnung nach Ffm

Angeblich hat das FA Gießen im Jahr '86 im BF-Dienst zuviel Kräfte eingestellt. Um diese Scharte auszuwetzen, die Zahlen des Jahresdurchschnittswertes der Personalplanung wieder ins Lot zu bringen, sollen ab September 13 Beschäftigte nach Frankfurt abgeordnet werden.

Hier wird wieder wie so oft bei der

Post der Falsche bestraft, da für alle sicht- und fühlbar zur Zeit kein Personalüberhang da ist. Dies werden die Kolleginnen und Kollegen vor allem der Fernsprechauskunft bei der Urlaubs- bzw. Überzeitabwicklung und dem steigenden Leistungsdruck dann deutlich zu spüren bekommen. Nach Meinung der Beschäftigten sollten –

wenn überhaupt jemand abgeordnet werden muß – doch die Verantwortlichen aus der Verwaltung, die diese Personalpolitik zu vertreten haben, die Reise nach Frankfurt antreten. Das wäre dann endlich mal nach Verursacher-Prinzip gehandelt.

Neue Übernahmepläne des BPM

## F-Handwerker als Spione

DER BUNDESMINISTER FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen - Postfach 20 01 - 5200 Bonn 1

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom Mein Zeichen, meine Nachricht vom © (2) 28 Datum  
326a B 1669/Nw 86 14-32 69 über 14-0 03.03.86

Betreff  
Übernahme der Nachwuchskräfte 1986; hier: BND

Der Bundesnachrichtendienst ist an mich herangetreten mit der Bitte, ihm bei der Gewinnung von ausgebildeten Fernmeldehandwerkern für eine Tätigkeit als Funker behilflich zu sein. Da die DBP erheblich über den eigenen Bedarf hinaus ausbildet, habe ich zugesagt, daß der BND Informationsveranstaltungen mit den in diesem Jahr fertig werdenden Auszubildenden zum Fernmeldehandwerker durchführen kann.

Als Anlage übersende ich Ihnen die Unterlage, die dort verteilt werden soll, bzw. die Beschreibung der angebotenen Tätigkeit.

Ich bitte Sie, mit der im BND zuständigen Stelle

Bundesnachrichtendienst  
-Einstellungsreferat-  
Frau Hauner  
Postfach 1 20  
8023 Pullach

Kontakt aufnehmen und Termine für die Informationsveranstaltungen zu vereinbaren. Gegen eine Teilnahme der jeweils zuständigen Personalvertretung habe ich nichts einzuwenden. Über die weitere Vorgehensweise unterrichten Sie mich bitte.

Im Auftrag  
Schulte

2 Anlagen

Beglaubigt:



- Bpm  
Postsekretariat

Direktionsstelle Telefon Telex Fax Koordinatungen  
Anwaltskanzlei 01 200 021 100 0 22000-000 14-48 72 Bundesminister für  
Bonn Postpostamt Bonn Deutsche Bundesbank Frankfurt am Main  
BRZ 375 100 000 Rhein 10-000 BRZ 304 000 000 Rhein 104 01 00

Die Bemühungen des Postministers um die Zukunft der Postjugend ist grenzenlos. Nachdem Schwarz-Schilling dafür sorgte, daß tausende von Arbeitsplätzen vernichtet wurden, Personalfestschreibungen verfügte und durch Anhäufung von millionenfachen Überstunden die ausbildungsgerechte Übernahme aller Auszubildenden gefährdete, ist ihm ein letzter Ausweg eingefallen. Der Bundesnachrichtendienst braucht Funker und ähnlich Ausgebildete. Der Weg Schwarz-Schillings wird immer verzweifelter. War die Lösung aller Übernahme Probleme in der Vergangenheit die Bundeswehr, so ist es heute die Spionage.

Methoden & Praktiken des  
»Verfassungsschutzes«

## Schnüffler Fälscher Provokateure

Fritz  
Seibert

Fürchterlich verliebt fühlt sich die angehende Studentin Anne Martens, als sie an einem Herbstabend des Jahres 1982 auf die Discothek „break out“ in Bremen zusteuert. Verliebt in einen jungen Mann, der fast genauso heißt wie sie. Er wird ihr an diesem Abend ein „Spiel“ vorschlagen und sie wird mitmachen. Und danach wird es aus sein mit der Liebe, weil der nette Junge sie von da an weder sehen noch kennen darf ...

VMB

NACH GROSSEM VERKAUFSERFOLG:  
ZWEITE AUFLAGE JETZT ERSCHEINEN

Zielgruppe: Breite Leserkreise, die sich für die ins Zwielicht geratenen Nachrichten- und Geheimdienste interessieren.

Ein immer aktuelles Buch – denn der nächste Skandal kommt bestimmt!  
195 Seiten, Paperback, mit zahlreichen Abbildungen, DM 12,80

Verlag Marxistische Blätter  
Frankfurt/Main

Das Buch gibt es auch im DKP  
Büro der DKP Gießen,  
Frankfurter Str. 59

# DKP: Alle Kraft für eine neue Politik

Die Bundestagswahlen im Januar 1987 sind von großer Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes. Wird die von CDU/CSU geführte Rechtsregierung abgelöst, dann kann der Weg für eine neue Politik freigemacht werden.

## Wie verstehen wir Kommunisten diese neue Politik?

Wir wollen eine den nationalen Sicherheitsinteressen dienende Politik und nicht die Unterwerfung unseres Landes unter den aggressiven Hochrüstung- und Konfrontationskurs Reagans. Souveränität statt Vasallentum.

Wir wollen, daß die Weichen auf Abrüstung und damit auf die Lösung dringender Volksbedürfnisse gestellt werden und nicht länger die Rüstungskosten die Lebensgrundlagen der Gesellschaft zerfressen. Frieden und Arbeit statt Superrüstung und Massenarbeitslosigkeit.

Wir wollen die Verteidigung demokratischer und sozialer Grundrechte des Volkes und nicht deren Abschaffung. Demokratie statt Polizeistaat.

Wir wollen soziale Gerechtigkeit und Sicherheit und menschenwürdige Lebensbedingungen für alle und nicht die Zweidrittel-Gesellschaft, in der Menschen ausgestoßen werden. Solidarität und Sicherheit statt Suppenküchen und Armenghettos.

Wir wollen eine antimonopolistische Entwicklung unserer Gesellschaft, die den arbeitenden Menschen das bestimmende Gewicht gibt und nicht die Unterordnung des Staates und des Volkes unter das Diktat der Konzerne und Großbanken. Mitbestimmung und

Arbeiterrechte statt Korruption und Ausbeutung.

Wir wollen eine Bundesrepublik, in der die natürlichen Lebens- und Umweltbedingungen gesichert und erhalten bleiben und nicht länger den ökologischen Ausverkauf an Chemie- und Atomkonzerne. Umweltschutz statt Profitgarantie.

Wir wollen, daß das innenpolitische Klima entgiftet wird und sich der Geist des Humanismus und der Völkerverständigung durchsetzt und unser Land nicht mit Fremdenhaß infiziert wird. Völkerverständigung statt Ausländerhaß.

### Post mit 3,6 Mrd. Gewinn

## Briefporto bald 1 Mark

Trotz aller Bemühungen der CDU/CSU/FDP-Regierung, geplante Schandtaten bis nach der Bundestagswahl geheimzuhalten, dringt hier und da doch manches ans Tageslicht.

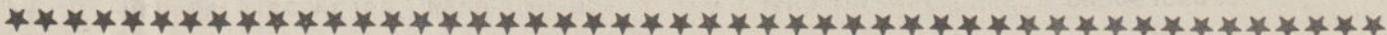
In den Schubladen des Bundespostministers Schwarz-Schilling schlummert der Beschluß, im Frühjahr 1988 die Gebühren im Brief- und Paketdienst der Bundespost kräftig anzuhöhen. Das Porto für einen Normalbrief, der heute für 80 Pfennig befördert wird, soll dann 1 Mark betragen. Die

Telefongebühren sollen um zwei Pfennig je Einheit angehoben werden.

Die Post-Preistreiberei ist nicht nötig, denn die Bilanz des Jahres 1985 zeigt eine Umsatzsteigerung von 46 auf 47,9 Milliarden Mark und weist einen Gewinn von 3,6 Milliarden Mark aus.

Kein Wunder, daß

Schwarz-Schilling das Jahr als „zufriedenstellend“ einordnete und gleichzeitig erklärte, „den Kurs der sparsamen Wirtschaftsführung“ – sprich: Personalabbau – fortzusetzen. Ein wichtiger Grund für alle Postbediensteten, genauso wie für die Menschen, die sie bedienen, für eine Wende auch bei der Post einzutreten.



# Schwerbehinderter Postbeamter strafversetzt

„Umsetzung“ des Fernmeldehauptsekretärs

Karlfried Göllner nach NATO-Richtlinien

Bad Kreuznach. UZ - Auf Anweisung des Bundespostministeriums unter Minister Schwarz-Schilling (CDU) ist am Montag der beim Fernmeldeamt Bad Kreuznach tätige Technische Fernmeldehauptsekretär Karlfried Göllner von seiner bisherigen Dienststelle „Fernsprechvermittlungsbetrieb“ zur „Beitreibungsstelle“ „umgesetzt“ worden. Diese Umsetzung hat den Charakter einer Strafversetzung, da der seit 23 Jahren im technischen Dienst der Post beschäftigte Beamte auf Lebenszeit nicht mehr seiner Ausbildung als Fernmeldehandwerker und der darauf aufbauenden Weiterbildung gemäß eingesetzt wird.

Die Strafversetzung erfolgt aufgrund geheimer NATO-Sicherheitsrichtlinien, wonach Postbeamte als „Sicherheitsrisiko“ diffamiert werden, wenn sie sich nicht vorbehaltlos hinter den NATO-Kurs stellen.

Konkrete Dienstpflichtverletzungen werden Karlfried Göllner, der infolge eines Unfalls schwerbehindert ist, nicht vorgeworfen. Bereits 1978 wurde ihm bei einer sogenannten Anhörung bei der Oberpostdirektion Koblenz vorgehalten, er sei Mitglied der DKP und habe an einer Bezirksdelegiertenkonferenz teilgenommen. Die damalige Absicht der Post, ihn als „Sicherheitsrisiko“ umzusetzen, wurde nach öffentlichen Protesten zunächst wieder fallengelassen. Auf seinem damaligen Arbeitsplatz mittlerweile nochmals befördert, konnte er bis September 1985 davon ausgehen, daß die Angelegenheit erledigt sei. Dann wurde er erneut „angehört“. Er sollte Auskunft geben, an welchen Veranstaltungen der DKP er von 1978 bis 1983 teilgenommen hat. Karlfried Göllner wies dieses Ansinnen zurück.

Das „Bürgerkomitee zur Verteidigung der Grundrechte, Bad Kreuznach“ weist darauf hin, daß die Strafversetzung des schwerbehinderten Familienvaters nicht nur gegen die Verfassung, sondern auch gegen das Schwerbehindertengesetz verstößt, wonach Behinderte ihrer Ausbildung und Befähigung nach beschäftigt werden

müssen. Offensichtlich wolle die Post an dem Beamten ein Exempel statuieren, nachdem sie dies bei dem in der gleichen Dienststelle als Arbeiter beschäftigten Fernmeldehandwerker Volker Metzroth nicht durchsetzen konnte. In gleicher Weise ist auch beabsichtigt, die Beamtin Petra Raab und die Angestellte Heike Henrich strafzuversetzen.

Mitglieder des Bürgerkomitees haben unmittelbar nach Bekanntwerden der neuen Berufsverbotsmaßnahme am Montag mit einem Transparent und Flugblättern die Öffentlichkeit auf das Vorgehen gegen den langjährigen Beamten hingewiesen. Sie prangerten dabei auch an, daß in diesem Fall erneut ein aktiver Gewerkschafter aus der Dienststelle heraus versetzt wurde, in der er seit Jahren wiederholt von seinen Kolleginnen und Kollegen als Vertrauensmann gewählt wurde.



Karlfried Göllner Foto: UZ

## Reaktionen

Über die Umsetzung von Göllner berichteten die beiden Kreuznacher Tages- sowie eine Wochenzeitung ausführlich. Es reagierte der Stellvertretende Leiter des Fernmeldeamtes, Bernd Scheib. U.a. wies er die Behauptung zurück, die Post habe: "erneut einen Gewerkschafter wegen seiner Aktivität für Kolleginnen und Kollegen aus der Dienststelle versetzt". Sein Pech: die Behauptung hat niemand aufgestellt. Vielmehr hatte das o.g. Bürgerkomitee darauf hingewiesen, "daß die Post in diesem Fall erneut einen aktiven Gewerkschafter aus der Dienststelle heraus versetzt, in der er seit Jahren von seinen Kolleginnen und Kollegen als Vertrauensmann gewählt wurde". Eine entsprechende Richtigstellung in der Presse ließ dann diesen (amtlichen?) Schuß nach hinten losgehen.

### Umsetzung wegen Strafversetzung

An der Protestaktion teilnehmenden Mitgliedern des Bürgerkomitees wurde Gesprächsweise bekannt, daß eine Kollegin in der Beitreibungsstelle ihren Tisch räumen muß. Nur durch ihre Umsetzung wurde ein Platz für die Strafversetzung frei.

### Erfolg

Der nach den NATO-Richtlinien zum Paketeschnellen umgesetzte Stuttgarter Fernmeldehandwerker Helmut Wörz arbeitet wieder im Fernmeldeamt. Zunächst in einem Fotolabor, spätestens in einem halben Jahr wieder in seinem erlernten Beruf. So das Ergebnis einer Arbeitsgerichtsverhandlung. Kommt die Post der Verpflichtung nicht nach, geht der Prozeß weiter.

### Nach NATO-Richtlinie: Grünen strafversetzt

Eine böse Überraschung erlebte der Fernmeldehandwerker und Stadtratsabgeordnete Günter Wosnitza aus Lübeck nach dem Urlaub: Weil er den berüchtigten NATO-Schnüffeltbogen -offiziell und verharmlosend "Erklärung" genannt- nicht ausfüllte, wurde er als "Sicherheitsrisiko" abgestempelt und vom Fernsprechvermittlungsbetrieb in die Auskunft umgesetzt.

Weil Kohl  
Dampf braucht.



**Die Erde von Atomwaffen freimachen!  
Der erste Schritt: Atomteststopp jetzt!**

## Ein erster und notwendiger Schritt

Atomteststopp! Aufhören mit dem Testen immer neuer Atomwaffen. Das ist der erste und notwendige Schritt, um die Welt von Atomwaffen zu befreien.

Atomteststopp! Das ist der sicherste Weg zur Beendigung des atomaren Wettrüstens. Er schiebt der Entwicklung neuer Atomwaffen einen Riegel vor, denn ohne Tests ist es unmöglich, auch nur den einfachsten Gefechtskopf zu entwickeln. Er verschließt die Tür zur Aufrüstung des Weltraums, denn die meisten atomaren Tests der USA werden für die Entwicklung neuer Laserwaffen genutzt, die im Weltraum stationiert werden sollen.

Atomteststopp! Das würde zum Absterben der Atomwaffenbestände führen, denn ohne Tests würde die Vervollkommnung vorhandener Typen von Atomwaffen unterbunden. Funktionsüberprüfungen älterer Bestände wären nicht mehr möglich. Die Atomwaffenarsenale würden verkümmern und absterben. Das wäre eine der sichersten Garantien zur Verhinderung einer atomaren Katastrophe.

Atomteststopp! Das ist ein wirksames Mittel dafür, daß Atomwaffen nicht weiterverbreitet werden. Staaten, die Atomwaffen haben wollen - und dazu gehören solche aggressiven Staaten wie Südafrika, Israel und Pakistan -, hätten somit keine Möglichkeit, Tests durchzuführen, denn ohne diese können Atomwaffen nicht entwickelt werden.

Atomteststopp! Das würde die gefährlichen Wirkungen der nuklearen Tests auf unsere Umwelt, auf Natur und die Menschen beenden.

Atomteststopp! Das würde Milliarden finanzielle Mittel für wirtschaftliche und soziale Maßnahmen freisetzen, denn die Entwicklung der mit Tests vorbereiteten neuen Waffensysteme und die Tests selbst verschlingen Unsummen, die der Menschheit im Kampf gegen Armut und Hunger fehlen.

Atomteststopp! Das schafft mehr Sicherheit für alle. Das baut Mißtrauen ab und baut Vertrauen auf. Das schafft ein Klima, in dem Abrüstungsverhandlungen besser gedeihen können.

## FÜR EINE NEUE POLITIK- ABRÜSTEN JETZT!

*Kommt zur bundesweiten  
Friedens-Demonstration  
an der Cruise-Missiles-Basis  
am 11. Oktober '86 nach  
Hasselbach/Hunsrück!*

Wir brauchen eine andere Politik. Es gibt keine Sicherheit mit immer mehr Waffen. Dies zu leugnen, ist ein tödlicher Irrtum. Weltraumwaffen, Atomraketen, modernste Kriegstechnik und die Rückkehr zum Faustrecht gegenüber den Völkern der „Dritten Welt“ rücken die Menschen näher an den Abgrund.

Es muß ein Anfang gemacht werden, die riesigen Waffenarsenale abzurüsten. Wir wollen unseren Kindern eine Welt übergeben, die frei ist von atomarer Bedrohung. Alle atomaren, biologischen und chemischen Waffen müssen abgeschafft werden. Alle Menschen und Völker sollen ihr Leben frei von Furcht gestalten können — friedlich und gerecht.

### Wir fordern:

1. Keine Beteiligung unseres Landes an Erforschung und Entwicklung von Weltraumwaffen und Raketenabwehr — hier und überall. Sie schützen niemanden und bringen die Atomwaffen nicht aus der Welt.
2. Pershing II und Cruise Missiles müssen alle wieder weg! Der Bundestag muß den Stationierungsbeschluß aufheben!
3. Statt die Bundeswehr weiter mit offensiven Waffen aufzurüsten, muß der Rüstungshaushalt gesenkt werden.
4. Der Einfluß der Militärs auf unser Leben muß zurückgedrängt werden, der Militärdienst gekürzt, die illusorische Zivilschutzplanung zurückgenommen, und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung darf nicht länger eingeschränkt werden.
4. Rüstungsexporte sind zu beenden, und unser Land muß sich der Unterdrückung von Völkern der „Dritten Welt“ entgegenstellen.

Alle chemischen Kampfstoffe sind zu vernichten. Alle Atomwaffentests sollen sofort gestoppt werden.

(Auszug aus dem Aufruf des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung).

Abfahrt der Busse in Gießen:  
7.00 Uhr ab Uni-Hauptgebäude.  
Fahrkarten (15 DM) sind bei  
allen Friedensinitiativen  
erhältlich und bei der DKP.

